

Dr. Mehrdad Payandeh  
DGB-Bundesvorstand  
Berlin

**Gute Arbeit, Soziales Europa**

**Rede zum ersten Mai 2014 in Fürth**

Es gilt das gesprochene Wort

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

der erste Mai ist der Tag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Weltweit versammeln wir uns, um für unsere Rechte und Ziele einzutreten.

Der erste Mai hat große Tradition. Vor über 120 Jahren gingen in Berlin, Hamburg und Dresden Hunderttausende auf die Straße, um für den 8 Stundentag zu demonstrieren.

Der erste Mai erinnert uns aber auch an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte. Morgen, am 2. Mai 1933, also vor mehr als 80 Jahren, haben SA und SS-Kommandos die Gewerkschaftshäuser gestürmt und besetzt.

Die freien Gewerkschaften wurden zerschlagen. Tausende Kolleginnen und Kollegen wurden verhaftet, gefoltert und ermordet.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

am 1. Mai wollen wir aber auch über unsere Erfolge reden. In sieben Monaten endet die Zeit der Hungerlöhne. Nächstes Jahr kommt der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro. Dieser große soziale Fortschritt ist unser Werk.

Neun Jahre lang kämpften die Gewerkschaften mit ihrer Mindestlohn-Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn. „Arbeit darf nicht arm machen!“, war unser Motto. Nicht nur die DGB-Gewerkschaften, sondern auch Kirchen und Wohlfahrtsverbände haben unseren Kampf gegen die Entwertung und Entwürdigung der Arbeit unterstützt. Mit großem Erfolg! Deutschland will heute den Mindestlohn. Das ist auch unser Verdienst. Es zahlt sich also aus, für soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Arbeit und faire Löhne zu kämpfen.

Im Bundestagswahlkampf forderten alle wichtigen Parteien, mit Ausnahme der gelben Schutzengel der Hochfinanz, einen Mindestlohn. Am Wahlabend stimmte die Mehrheit der Wähler für einen gesetzlichen Mindestpreis der Ware Arbeitskraft.

**Vom Mindestlohn können rund 5 Millionen Menschen profitieren. Ihre Löhne steigen um ein Drittel.** Sie haben mehr Geld zum Leben und ersparen sich den entwürdigten Gang zum Sozialamt. Das wirkt wie ein Konjunkturprogramm, sorgt für mehr Nachfrage. Vor allem in den Städten und Gemeinden. Alle profitieren davon, Staat, Beschäftigte und lokale Unternehmen.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

noch gibt es keinen Mindestlohn. Täglich schüren die Mindestlohngegner Ängste, verbreiten Falschmeldungen und Schreckensnachrichten.

Kommt der Mindestlohn, dann schneiden sich die Menschen angeblich ihre Haare nur noch selbst, pflücken die Blumen am Wegrand und trinken ihr Bier zu Hause.

Wenn Erntehelfer 8,50 Euro bekommen, verfault angeblich das Gemüse auf dem Feld. Wenn Zeitungsverleger ihren Zustellern 8,50 Euro zahlen müssen, dann stirbt die Pressefreiheit. Und Taxis fahren mit dem Mindestlohn im Tank direkt in die Pleite.

Neolibere Ökonomen, die selbst für zwei stündige Vorträge kein Honorar unter 500 Euro akzeptieren – und das ist ein Stundenlohn von 250 Euro – hetzen gegen 8,50 Euro Mindestlohn und prophezeien, dass der Mindestlohn über eine Million Jobs zerstört.

Das Ärgerliche ist nur, dass die millionenschwere Meinungsmache der Arbeitgeberlobby wirkt. Die große Koalition will jetzt Minderjährige und Langzeitarbeitslose vom Mindestlohn aussperren.

Jugendliche unter 18 Jahren unterschreiben angeblich keinen Ausbildungsvertrag, wenn sie für Hilfsarbeiten 8,50 Euro bekommen. Das hat mit der Praxis nichts zu tun. Schon heute können Jugendliche als Hilfskraft locker das Doppelte ihrer Ausbildungsvergütung verdienen. Die meisten entscheiden sich trotzdem für eine Lehre, oder studieren.

Zudem findet bereits heute jeder siebte Schüler keine Lehrstelle. Daran würde ein Mindestlohn nichts ändern. Ein

jugendfreier Mindestlohn freut nur Unternehmer, deren  
Geschäft von Billiglöhnen lebt.

Auch Langzeitarbeitslosen soll der Mindestlohn verweigert  
werden – zumindest in den ersten sechs Monaten. Mit  
Mindestlohn finden Erwerbslose angeblich keinen Job.

Nach dieser Logik, dürfte nach zehn Jahren Hungerlohnrepublik  
hierzulande kein einziger Langzeitarbeitsloser mehr  
herumlaufen. Hartz IV, Leiharbeit, Minijobs & Co sorgten aber  
nicht für Vollbeschäftigung. Arbeitslosigkeit lässt sich nicht  
durch Billiglöhne bekämpfen, sondern nur durch Förderung und  
Qualifizierung.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

für uns gilt: Würde hat ihren Wert. Arbeit hat ihren Preis. Würde  
ist aber unteilbar.

Deswegen werden wir uns mit diesen Ausnahmen nicht abfinden. Wir sagen Nein zu Armutslöhnen für Jugendliche und Arbeitslose!

Klar ist auch: 8,50 Euro sind für uns nicht das letzte Wort. Der Mindestlohn muss schnell erhöht werden. Dafür werden wir uns einsetzen.

### **Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

der Mindestlohn ersetzt keine Tarifpolitik. Er ist nötig, weil Schröder, Merkel und viele Arbeitgeber die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zerstört haben.

Entfesselte Leiharbeit, weniger Kündigungsschutz, mehr Minijobs, Hartz IV und aus Tarifverträgen flüchtende Arbeitgeber schufen millionenfach billige und unsichere Arbeit.

Unsere Tariflandschaft sieht heute aus wie ein Schweizer Käse. Nur noch jeder zweite Beschäftigte wird durch einen Tarifvertrag geschützt. Deswegen können wir in vielen Branchen nicht mehr auf Augenhöhe verhandeln.

Allein die Ankündigung des Mindestlohns, hat die ersten Arbeitgeber wieder an den Verhandlungstisch gezwungen. Für Friseure und Schlachter konnten wir plötzlich wieder Tarifverträge abschließen. Der Mindestlohn schwächt nicht die Tarifautonomie, sondern stärkt sie.

Dort wo wir verhandeln, machen wir das richtig gut. Bestes Beispiel ist der öffentliche Dienst. Krankenschwestern, Müllmänner und Verwaltungsangestellte bekommen in den nächsten zwei Jahren 5,7 % mehr Lohn und Gehalt.

Erstmals konnte Verdi auch eine soziale Komponente erstreiten. Wer wenig hat, bekommt mehr. Ein Mindestbetrag von 90 Euro sorgt dafür, dass Geringverdiener bis zu 10% mehr Lohn erhalten.

Auch unsere Industriegewerkschaften haben kräftige Lohnerhöhungen durchgesetzt. Überall steigen die Löhne.

Auch bei der Leiharbeit: gilt seit Januar 2014 ein Mindestlohn von 8,50 Euro. Bis Mitte 2016 werden die Löhne der leiharbeiter um mehr als 12% steigen.



Diese sind ansehnliche Tarifabschlüsse der letzten Jahre. Es zeigt sich, dass die DGB-Gewerkschaften im letzten Jahr viel erreicht haben.

### **Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

mit der Einführung des Mindestlohns haben wir einen wichtigen Sieg errungen. Für eine Neuordnung des Arbeitsmarktes braucht es jedoch mehr.

Deswegen haben wir vor und während der Koalitionsverhandlungen erfolgreich Druck gemacht. Merkel und Gabriel wollen jetzt das Tarifsysteem stärken. Sie wollen Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklären und das Entsendegesetz für alle Branchen öffnen. So schaffen wir mehr Branchen-Mindestlöhne.

Dadurch können die Beschäftigten vieler Kleinbetriebe wieder durch Tarifverträge geschützt werden. Und unsere ausländischen Kollegen bekommen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Das ist gut so.

Trotzdem bleibt der Arbeitsmarkt aber weiter in Schieflage. Noch immer gibt es Millionen Minijobs, unfreiwillige Teilzeitjobs und befristete Arbeitsverträge. Viele Leiharbeiter erhalten weiterhin nicht den gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Und Arbeitgeber zerstören sozial versicherte Arbeit durch Scheinselbständigkeit und Werksverträge.

Damit muss Schluss sein. Diese Ausbeutung muss politisch bekämpft werden. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort - vom ersten Tage an. Wir wollen keine Minijobs, die reguläre Jobs verdrängen. Und wir wollen Befristungen nur als Ausnahme von der Regel.

### **Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

so lange jeder Dritte einen unsicheren Job hat, ist keine Rede vom Comeback der Sozialpartnerschaft sein. Mit Arbeitgeberverbänden, die Tariffucht dulden und wegsehen, wenn Unternehmer Betriebsräte bekämpfen, lässt sich kein Sozialstaat machen.

Mehr gute Arbeit gibt es nur mit starken Gewerkschaften und politische Taten. Deswegen müssen wir Schwarz-Rot dazu drängen, dass sie mehr machen, als sie bisher getan haben, um den Arbeitsmarkt wieder in Ordnung zu bringen.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

die große Koalition hat in den ersten Monaten wichtige gewerkschaftliche Forderungen umgesetzt.

Dazu gehört auch die Rente mit 63. Arbeitgeberverbände und neoliberale Professoren verunglimpfen diese Reform als unsinniges milliardenschweres Geschenk.

Ungerecht gegenüber der jungen Generation, die angeblich die ganze Zeche zahlt. Wirtschaftlich schädlich, da später steigende Beiträge und Steuern angeblich Jobs kosten.

Altkanzler Schröder spricht von einem absolut falschen Signal.

Wenn aber der ehemalige Kanzler der Bosse etwas falsch findet, dann könnte es nicht Richtiger sein.

Die Rente mit 63 bricht mit der Verzichtlogik der bisherigen Rentenpolitik. Der neoliberale Glaubenssatz der selbst ernannten Reformer lautete: Die Rente ist in einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft nur bezahlbar, wenn die Rentner den Gürtel enger schnallen.

Deswegen wurde die Rentenformel geändert und die Rente mit 67 eingeführt. Mit dramatischen Folgen: Wer heute als Durchschnittsverdiener weniger als 37 Jahre gearbeitet hat, muss in diesem reichen Land zum Sozialamt.

Die Rentenkürzungen waren aber nie alternativlos. Ein längeres Leben und weniger Kinder machen die Rente nicht unbezahlbar. In einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft gibt es nicht zwangsläufig weniger zu verteilen.

Ob die Rente bezahlbar ist, hängt auch davon ab, was ein Beschäftigter künftig an Werten schafft. Und natürlich muss ein größerer Kuchen auch gerecht verteilt werden.

Die Rentenfrage ist somit immer auch eine Verteilungsfrage.

Auch in einer alternden Gesellschaft kann mehr verteilt werden,

ohne dass die Jüngeren ausgeplündert werden oder die Wirtschaft lahmt.

Nur eine gesetzliche Rente, die vor Armut schützt und den Lebensstandard sichert, ist geeignet, Menschen in Altern in Würde zu ermöglichen. Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet oder gebrochene Erwerbsbiographien haben, müssen eine armutsfeste Rente erhalten. Erste kleine Schritte in die richtige Richtung sind gemacht - weitere größere Schritte müssen folgen.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

die große Koalition macht aber auch schwere politische Fehler. Angela Merkels striktes Nein zu höheren Steuern, macht Notwendiges unbezahlbar.

Dabei steht unser Land vor großen Herausforderungen. Unser Bildungssystem, unser Gesundheitswesen, unsere Verkehrsinfrastruktur und unsere Energieversorgung müssen dringend saniert und modernisiert werden.

Die deutsche Volkswirtschaft fährt auf Verschleiß. Der öffentliche Kapitalstock verfällt. Das jahrelange „Gürtel enger schnallen“ hat einen Investitionsstau in Milliardenhöhe verursacht.

Die große Koalition will nun in den nächsten vier Jahren 23 Milliarden Euro mehr ausgeben. Die großen gesellschaftlichen Bedarfe werden damit aber nicht abgedeckt.

Allein in Kitas, Schulen und Universitäten müssen künftig bis zu 45 Milliarden Euro jährlich investiert werden. Der Investitionsstau bei öffentlichen Krankenhäusern ist auf 50 Milliarden Euro angewachsen. Jede zweite Brücke ist hierzulande marode. In manchen ländlichen Regionen gibt es keinen schnellen Internet-Anschluss.

Unter dem Strich summieren sich die notwendigen Zukunftsinvestitionen und Sozialausgaben auf einen jährlichen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag. Das geben die klammen Haushalkassen nicht her.

Investieren auf Pump ist ebenfalls keine Lösung. In Zeiten der Schuldenbremse dürfen die Kassenwarte nicht mehr mit Kreditkarte zahlen. Zudem will die große Koalition eisern sparen. Und dies auf Kosten der Arbeitnehmer. Von jeder Lohnerhöhung profitiert der Staat mit. Die einseitige Finanzierung des Schuldenabbaus zulasten der Arbeitnehmer ist und bleibt ungerecht.

Für die Zukunft unseres Landes ist somit die Steuerfrage aber zentral. Eine große Koalition, die nicht mehr auf Verschleiß fahren will, muss die Steuern für Reiche, Vermögende und Spitzenverdiener erhöhen.

Vermögenssteuern sind sozial gerecht und ökonomisch vernünftig. Wir brauchen aber auch eine höhere Besteuerung reicher Erben, einen höheren Spitzensteuersatz und höhere Unternehmenssteuern. Nur 18.000 Deutsche haben ein Geldvermögen von 1.700 Mrd. Euro und zahlen darauf keine Steuer. Ihr Vermögen ist 2013 gegenüber 2012 um über 14% gewachsen. Und ich sage Herrn Schäuble: Nehmen Sie von

denen, die sich leisten können und nicht von den Arbeitnehmern. Das wäre eine gerechte Steuerpolitik

### **Liebe Kolleginnen und Kollegen**

höhere Steuern für Reiche reichen aber nicht aus. Die Steuern, die erhoben werden, müssen auch gezahlt werden. Vor wenigen Wochen zeigte das Münchner Landgericht dem millionenschweren Steuerbetrüger Uli Hoeneß die „rote Karte“: 3,5 Jahre Haft sind der längste Platzverweis in der Geschichte des deutschen Fußballs.

Die Mutter Theresa vom Tegernsee gehört nun zu den wenigen Promis, die wegen Steuerbetrug hinter Gitter müssen.

Spätestens nach dem Münchner Urteil gilt Steuerbetrug nicht mehr als Kavaliersdelikt.

Das war nicht immer so. Noch vor wenigen Jahren war Steuerhinterziehung eine Kunst der Selbstverteidigung. Für die Oberschicht gehörte das Luxemburger oder Schweizer Schwarzgeldkonto zum guten Ton.



Hoeneß, Schwarzer, Zumwinkel & Co waren keine Einzeltäter. Das Steuerversteckspiel war meist erfolgreich. Wer erwischt wurde, kam mit einem blauen Auge davon. Ein einfacher Ladendiebstahl wurde häufig härter bestraft als millionenschwerer Steuerbetrug.

Das änderte sich erst als die Finanzmärkte kollabierten. Wer in Zeiten leerer Kassen die Allgemeinheit beklaut, der macht sich nicht beliebt. Heute gelten Steuerdiebe als gewöhnliche Kriminelle. Und sie sind es auch.

Vielleicht sehen das unsere Schweizer Nachbarn bald genauso. Dann richtet sich das nächste eidgenössische Referendum gegen diese kriminellen deutschen Zuwanderer.

Härtere Strafen allein reichen aber nicht aus. Solange die Politik weiter Beihilfe zum Steuerbetrug leistet, bleiben wir eine schwarz-rot-goldene Steueroase.

Jedes Jahr klauen Steuerdiebe rund 30 Milliarden Euro. Sie profitieren von der schlampigen Anwendung der Gesetze. Den Finanzämtern fehlen Personal und Mittel.

Der schlechte Steuervollzug schafft große Ungerechtigkeiten. Die Finanzbehörden haben keine Zeit und kein Personal, um die Steuererklärungen von Unternehmern, Freiberuflern oder Hausbesitzern genau zu prüfen.

Nur jeder siebte Einkommensmillionär bekommt Besuch vom Steuerprüfer. In Seehofers Freistaat klingelt das Finanzamt nur alle 20 Jahre an der Tür mittlerer Unternehmen.

Arbeitnehmer sind hingegen gläserne Steuerzahler. Ihre Lohnsteuer überweist der Chef direkt ans Finanzamt. Wir haben also ein Zwei-Klassen-Steuersystem.

Damit muss Schluss sein. Merkel und Gabriel haben in ihrem Ehevertrag erklärt, dass sie Steuerbetrug bekämpfen wollen. Nun sind Taten gefragt.

Wir brauchen mehr Personal und Mittel für die Steuerverwaltung. Die strafbefreiende Selbstanzeige muss abgeschafft werden. Und Banken, die Steuerbetrügern unter die Arme greifen, muss die Lizenz entzogen werden.

Deutschland braucht also endlich Steuergerechtigkeit.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

was für Deutschland gilt, gilt auch für Europa. Wir wollen sichere und gute Arbeit von Paris bis Lissabon. Wir wollen überall in Europa eine Rente, die zum Leben reicht. Wir wollen überall in Europa eine gute Bildung und Gesundheitsversorgung. Wir wollen ein soziales, ein gerechtes, ein demokratisches aber auch ein wirtschaftlich starkes Europa.

Von einem solchen Europa sind wir leider meilenweit entfernt. Europa steckt heute in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Merkel und Barroso haben unseren Kontinent grün und blau gespart.

Fast 26 Millionen Menschen haben keine Arbeit. Ein neuer Negativrekord. Am schlimmsten trifft es den Süden. Jeder vierte Spanier und Grieche ist arbeitslos. Am Mittelmeer wächst eine „verlorene Generation“ heran.

Nach vier Jahren Dauerkrise feiert Brüssel jetzt das Ende des Absturzes als Erfolg neoliberaler Politik. Für uns gibt es da nichts zu feiern.

Wenn jemand vom Dach eines Hochhauses gestoßen wird und den Sturz mit schweren Knochenbrüchen überlebt, dann hatte er großes Glück. Niemand würde aber auf die Idee kommen, den Täter dafür hochleben zu lassen.

Jede Krise ist einmal vorbei. Irgendwann ist die Talsohle erreicht. Wenn genug Kapital vernichtet wurde, wird auch wieder neu investiert. Ohne die Berliner und Brüsseler Politik wäre die Krise schon längst Geschichte.

Wer die Krise überwinden will, muss an ihre Ursachen ran. Das Euroland kriselt, weil beim Bau der Wirtschafts- und Währungsunion gefuscht wurde. Eine gemeinsame Währung kann ohne politische Union nicht überleben.

Eine Währungsunion hat nur dann eine Zukunft, wenn Alle sich an Spielregeln halten. Die nationalen Preise dürfen nicht dauerhaft auseinanderlaufen.

Seit „Euro-Geburt“ kletterten jedoch die Preise im Süden, während sie im Norden kaum vom Fleck kamen. Deutsche Waren verbilligten sich also gegenüber griechischen und spanischen Gütern.

Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Die starken Länder werden stärker und die schwachen Länder schwächer.

Irgendwann ertrinken die Verlierer im Schuldenmeer.

Doch damit nicht genug. Vor der Krise konnten Banker, Fondsmanager und andere Zocker ungehindert auf Pump spekulieren.

Als die Blase platzte, rettete der verhasste Staat die Zocker und Pleitebanken vor dem Untergang. So verwandelten Ackermann, Blessing, Funke & Co ihre privaten Schulden in Staatsschulden.

Angela Merkel erzählt hingegen eine andere Krisengeschichte.

Für unsere Kanzlerin sind die Staatsschulden die Wurzel allen Übels. Schuld an den Schulden sind die Schuldner.

Griechen, Spanier und Italiener haben angeblich über ihre Verhältnisse gelebt. Deswegen muss die schwäbische

Hausfrau jetzt den südeuropäischen Lausbuben die Ohren langziehen.

Hilfe gibt es nur gegen harte Sparauflagen und Strukturreformen.

Die Folgend sind verheerend:

Das Wachstum der Krisenländer kollabierte, die Arbeitslosigkeit explodierte und die Steuern brachen weg. Armut ist überall auf dem Vormarsch. Selbstmordrate steigt. Medizinische Versorgung wurde zusammengestrichen und öffentliches Eigentum geplündert. Das Einzige was noch wuchs, waren die Schulden. Deswegen sind die Schuldenberge heute höher als zu Beginn der Sparpolitik.

Jüngst musste selbst die Sparkommissare der Troika das Scheitern ihrer Politik eingestehen. Der Internationale Währungsfonds beichtete, dass er die Risiken und Nebenwirkungen des Spardiktats unterschätzt hat.

In der Krise nutzen Troika, Arbeitgeberverbände und neoliberale Politiker die Gunst der Stunde, um unter dem

Deckmantel so genannter Strukturreformen die Tariflandschaft der Krisenländer umzupflügen, die Tarifautonomie auszuhebeln, den Sozialstaat abzubauen und öffentliches Eigentum zu verscherbeln.

Südeuropa und Irland wurde eine neoliberale Schocktherapie verordnet. Die Flächentarifverträge wurden ausgehöhlt, nationale Tarifverhandlungen abgeschafft und Öffnungsklauseln gesetzlich festgeschrieben. Das Günstigkeitsprinzip wurde einkassiert, die Nachwirkung und Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen eingeschränkt und erschwert. Folglich schrumpft in allen Krisenstaaten die Tarifbindung.

Zudem diktiert der Staat die Löhne im öffentlichen Sektor. Die griechische Regierung kürzte ihren „Staatsdiener“ den Lohn um 30 Prozent. Der Mindestlohn wurde um mehr als ein Fünftel gesenkt.

In allen Krisenländern wurde die gesetzliche Rente gekürzt und eine neue Welle von Privatisierungen ins Rollen gebracht.

Diese neoliberalen Strukturreformen sind nichts anderes als ein Frontalangriff auf die Errungenschaften und Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.

Die europäische Krise kann nur mit einem Politikwechsel überwunden werden. Die neoliberale Politik muss gestoppt werden.

Intelligentes Sparen reicht dafür nicht aus. Die Krisenstaaten können aus ihren Schuldenbergen nur herauswachsen.

Wir brauchen jetzt ein Investitions- und Aufbauprogramm für Europa. Nur mit Zukunftsinvestitionen können wir den Menschen, Unternehmen und den zukünftigen Generationen eine besser Perspektive geben. In Zukunft muss man investieren, An Zukunft darf man nicht sparen. Das ist fahrlässig, unsozial und ökonomisch unsinnig.

Deutsche und europäische Gewerkschaften haben Investitionsprogramm, einen Marshallplan für Europa mit einem jährlichen Volumen 260 Milliarden Euro im Jahr für den ökologischen und altersgerechten Umbau und die



Modernisierung der Volkswirtschaften vorgeschlagen – zehn Jahre lang mit einer Gesamtsumme von 2,5 Billionen Euro wollen wir uns den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen. So könnten zwischen Amsterdam und Palermo bis zu elf Millionen neue Jobs geschaffen werden. Wachstum und Arbeitsplätze sorgen dann für Steuereinnahmen, zukunftsfeste Sozialversicherungen und geringere Ausgaben für Arbeitslose. Es ist besser in Arbeitsplätze zu investieren als in Arbeitslosigkeit.

Doch damit nicht genug: Mit Investitionen in eine europäische Energiewende sparen wir jährlich 300 Mrd. Euro an Brennstoff-Importen, schonen unser Klima, schaffen co2-arme und grüne Städte und Gemeinden und werden zu Standorten der Zukunft. Sinnvolles Wachstum, zukunftsfähige Arbeitsplätze, ein gerechtes Gemeinwesen und eine zukunftsfähige Industrie können so entstehen. Es sind auch die Wettbewerbsfaktoren der Zukunft. Für ein solches Programm müssen wir kämpfen.

Und Geld ist genug da: Rund 28 Billionen Geldvermögen sucht nach Anlage- und Wertpapieren. Diese wollen wir ihnen anbieten und das Geld für diese sinnvollen Investitionen einsetzen. Und die Zinsen und die Tilgung sollen vor allem Spekulanten mit einer Finanztransaktionssteuer bezahlen, nicht einfache Steuerzahler und EU-Staaten. Aber diese FTT muss endlich kommen.

### **Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

wir brauchen einen Politikwechsel in Europa. Brüssel war in den letzten zwei Jahrzehnten häufig der Dosenöffner für Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung.

Aktuell droht neues Unheil. Europa und die USA wollen die weltweit größte Freihandelszone schaffen. Zölle sollen abgebaut, Dienstleistungen liberalisiert, das Beschaffungswesen geöffnet und Investorenrechte gestärkt werden.

Im Sommer letzten Jahres startete die erste Verhandlungsrunde. Die Gespräche finden hinter verschlossenen Türen statt. Für die Geheimniskrämerei gibt es gewichtige Gründe.

Investoren sollen künftig Staaten vor einem privaten Schiedsgericht auf Schadensersatz verklagen können, wenn ihre Profite durch staatliche Eingriffe bedroht sind.

Ein solches Freihandelsabkommen lehnen wir ab.

Freihandel ist kein Selbstzweck. Wenn ein solches Abkommen Arbeitnehmer- und Verbraucherrechte bedroht, dann sollten wir es in die Tonne treten. Wir wollen eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. Wir wollen ein faires Abkommen.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

wir wollen ein Europa der Gleichheit, der Freiheit, der Solidarität und des Friedens. Ein demokratisches Europa der Arbeitnehmer und kein marktkonformes Europa – wie es Frau Merkel möchte.

Deswegen ist es wichtig bei den Europawahlen für Parteien zu stimmen, die für eine arbeitnehmerorientierte Europapolitik stehen. Wer nicht zur Wahl geht oder sogar die Europa- und Gewerkschaftsfeinde von der AFD wählt, schadet unserer Sache.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

die beste Garantie für eine andere Politik ist aber unsere eigene Stärke. Wer gute Arbeit und ein soziales Europa will, der muss einer Gewerkschaft beitreten und sich einmischen. Sagt das euren Verwandten, Freunden und Kollegen.

Wenn wir selbst stark sind, dann kann uns egal sein, wer unter uns regiert. Wir haben in unserer über 150 jährigen Geschichte den Kapitalismus immer wieder erfolgreich zivilisiert. Das wird uns auch in Zukunft gelingen. Wenn wir uns unterhaken, werden wir es schaffen, unsere Gesellschaft gerechter und lebenswerter zu machen.

Glück auf.